

Köln-Stammheim

Für den Erhalt der Siedlung Egonstraße

Wir haben heute aus Solidarität mit den Mietern der Egonstraße das leerstehende Haus 36 besetzt.

Wir fordern:

- Keine weiteren Abrisse in der Siedlung
- Vermietung der freiwerdenden Wohnungen vorrangig an Siedlungsbewohner und deren engere Verwandtschaft



Die Siedlung Egonstraße besteht aus ehemaligen Munitionsbaracken, die nach Kriegsende 1945 von ausgebombten Familien bezogen worden sind. Mit viel Eigenarbeit und Liebe haben sie die Notbehelfe nach und nach zu Wohnungen hergerichtet. Inzwischen wohnen dort bereits Enkel der Erstbewohner.

Die Stadt Köln ist Eigentümerin und Vermieterin der Siedlung. Sie tut wenig für ihre Mieter. So werden dort die Straßen vernachlässigt und sind im schlechten Zustand.

Auch für die Instandhaltung der Häuser tut die Stadt Köln möglichst wenig. In Kündigungsschreiben an Mieter bekundet sie unumwunden, dass ihr der Erhalt der Siedlung zu »unwirtschaftlich« ist und sie vorhat, die ganze Siedlung abzubauen. Unwirtschaftlich heißt hier: Ihr sind die Mieten zu niedrig!

Dementsprechend werden freiwerdende Häuser gar nicht mehr an die Kinder und Verwandten der Siedler vermietet, sondern direkt abgerissen. Das Ergebnis: Von ca. 80 Häusern sind jetzt nur noch gut 50 übrig.

In der Siedlung geht die Angst um. Die gute Nachbarschaft wird zerstört.

Die Mieter fühlen sich schikaniert.

Wenn sie in Eigenarbeit ein »Carport« für ihr Auto bauen wollen, sollen sie erst einmal an die Stadt die zusätzlichen Abrisskosten zahlen, da ja nach einem Auszug direkt abgerissen wird, und der »Carport« zusätzlich abgerissen werden muss.

Überhaupt herrscht gegenüber den Mietern ein ruppiger Ton.

Die Mieter haben inzwischen eine Initiative gegründet und sich an den Petitionsausschuss des Rates, an unseren Mülheimer Bezirksbürgermeister Norbert Fuchs und den Mülheimer Bundestagsabgeordneten Prof. Dr. Karl Lauterbach gewandt, um ihre Siedlung vor dem Kahlschlag zu retten.

Leider hat es bisher kein einziger Politiker der in Köln regierenden und verantwortlichen Koalition von Rot-Grün geschafft, die Bewohner in der Egonstraße zu besuchen und sich für eine Lösung im Sinne der Mieter einzusetzen.

Dabei passt das unsensible Vorgehen des Liegenschaftsamtes überhaupt nicht in die Zeit. In Köln herrscht Wohnungsnot, die Mieten werden unerschwinglich, seit Jahren werden zu wenig Sozialwohnungen gebaut. Bezahlbare Mieten sind

Mangelware. Der Abriss von preiswertem Wohnraum ist unter diesen Umständen nicht zu rechtfertigen und niemanden zu vermitteln.

Schon im Barmer Viertel in Deutz hat Rot-Grün sich vor sieben Jahren blamiert, indem sie hunderte preiswerter Genossenschaftswohnungen für einen Messe-Parkplatz abgerissen haben. Jetzt wird die Siedlung Egonstraße Stück für Stück für Grünfläche abgerissen. Wer soll das verstehen?

Der neue Leiter des Liegenschaftsamtes, Herr Fritz, war vorher beim Bauordnungsamt. Da liegen »law and order«-Vorstellungen nicht ganz ferne. Wir können uns daher gut vorstellen, dass er meint, unsere Solidaritätsbesetzung mit einer Räumung beenden zu können.

Aber es wird nun bei jedem beabsichtigten weiteren Abriss Aktionen und Proteste in der Siedlung geben. Da die Politik den Schaden davon hätte, wenn das Liegenschaftsamte ohne Rücksicht auf soziale Belange weiter dringend benötigten Wohnraum zerstört, wäre es an der Zeit mit dem Wegschauen und Ignorieren der Egonstraße aufzuhören und eine mieterfreundliche Lösung zu suchen.